

16.45

**Abgeordneter Mag. Gerald Hauser (FPÖ):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Minister! Hohes Haus! Viele Themen, viele Punkte, eine wirklich breite Palette von Themen, die wir heute unter den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 zu besprechen haben. Ich werde da auf wesentliche Punkte eingehen. Als studierter Wirtschaftspädagoge und jemand, der 20 Jahre selbst in kaufmännischen Schulen, Handelsschule und Handelsakademie, unterrichtet hat und selbst drei Kinder hat, die das derzeitige Schulsystem genießen beziehungsweise studieren, denke ich doch, dass ich immer noch ganz aktuell über das derzeitige Schulsystem informiert bin.

Deswegen ist für mich die entscheidende Frage, die sich heute und hier und generell in der Schuldebatte stellt: Ist die Schule in der Lage, unseren Kindern Grundfertigkeiten, Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen? Wenn jemand nicht lesen kann, die deutsche Sprache nicht versteht, dann kann er Informationen nicht aufnehmen und kann dem Unterricht nicht folgen. Das ist an sich logisch und für jedermann nachvollziehbar.

Unter diesen Auspizien betrachte ich jene Maßnahmen und Änderungen, die jetzt im Schulrechtsänderungsgesetz enthalten sind, und stelle mir die Frage: Erreicht man mit diesen Änderungen tatsächlich das von mir artikuliert Ziel, nämlich die Grundfertigkeiten zu vermitteln, weil das der springende Punkt ist?

Geschätzte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Fernsehzuseher! Wie schaut denn die Situation aus? – Wir stecken allein über den Bund 8,2 Milliarden € jährlich in das Schulsystem. Das ist unglaublich viel Geld. Das kann sich niemand vorstellen, wie viel das ist: 8,2 Milliarden €. Aber das zahlt nur der Bund! Dazu kommen Länderbeiträge, dazu kommen Gemeindebeiträge. Die Gemeinden sind ja Schulerhalter, die separat noch Geld in die Hand zu nehmen haben. Und wir haben laut aktuellen Studien über eine Million funktionale Analphabeten. Das sind Personen, die nicht in der Lage sind, Informationen aufzunehmen. Die sind nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, weil sie nicht sinnerfassend lesen können. Das muss man sich einmal vorstellen: über eine Million Personen!

Dieser Anteil ist weit höher als der Durchschnitt in den OECD-Ländern. Interessant ist, dass im Jahr 2013 bei der Erhebung dieser Studie 100 000 Personen mangels Lese- und Schreibfähigkeiten gar nicht teilnehmen konnten. Das ist beängstigend, wenn ich mir diese Zahl auf der Zunge zergehen lasse.

Deswegen meine eingangs gestellte Frage: Ist man in der Lage, mit diesen Änderungen tatsächlich an der Wurzel anzupacken und hier wirklich etwas weiterzubringen? Weil, noch einmal, der Punkt ist der: Man muss lesen können, sinnerfassend lesen können, damit man am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, damit man im Arbeitsprozess überhaupt integriert werden kann. Sonst funktioniert das Ganze nicht.

Und wenn ich hier in einem ganz aktuellen „Kurier“-Artikel „Die verlorene Generation“ lese: Jeder dritte Schüler wird nie einen Job finden, so ist das für mich absolut beängstigend. Eine Direktorin berichtet hier aktuell, wie es an ihrer Neuen Mittelschule aussieht. Ein Drittel der Schüler, sagt sie, wird wohl weiterführende höhere Schulen besuchen können. Ein Drittel wird in der Lage sein, eine Lehre zu machen. Aber das letzte Drittel wird mangels Kenntnissen, Sprachkenntnissen, Ausbildung und so weiter nicht einmal in der Lage sein, eine Lehre zu beginnen. Diese werden wohl das ganze Leben beim AMS als Langzeitarbeitslose gemeldet sein.

Das ist die Situation, und das ist beängstigend – und das müssen wir ändern!

So, jetzt in der Kürze der Zeit noch zu diesen Änderungen, zum Gesetz, soweit es mir die Zeit gestattet.

Neugestaltung der Schuleingangsphase: Da sind wir absolut dafür. Natürlich soll das rund verlaufen. Das letzte Kindergartenjahr und die ersten beiden Volksschuljahre, das soll eine runde Geschichte sein. Sind wir dafür, ist in Ordnung, ist okay.

Aber es wird bei der Schuleinschreibung auch der Entwicklungs- und Sprachstand der Kinder erhoben. Wer macht das? Gibt es hier Standards, nach denen man diese Sprachstandserhebung durchführt? Wie macht man das tatsächlich? Was ist, wenn sich bei der Erhebung des Sprachstands herausstellt, dass dieser nicht ausreichend ist? Was macht man dann mit diesen Kindern? Das ist die entscheidende Frage.

Wir von der Freiheitlichen Partei haben immer auch Sprachstartklassen eingefordert, dafür sind wir immer geprügelt worden. Jetzt werden eigene Klassen dafür vorgesehen, die jetzt halt als Sprachstartgruppen tituliert werden. Aber bitte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, denken Sie einmal daran, wie Sie uns diffamiert haben, als wir eigene Klassen für Schülerinnen und Schüler gefordert haben, die nicht über ausreichende Deutsch-Kenntnisse verfügen!

Das ist doch etwas vollkommen Normales! Das ist doch für jeden Otto Normalverbraucher nachvollziehbar: Wenn jemand nicht Deutsch versteht, kann er dem Unterricht nicht folgen. Aufgrund dessen ist er im Unterricht natürlich auch für die Mitschüler ein richtiges Problem. Ich war ja selbst Lehrer, ich weiß, wovon ich rede.

Was macht man mit solchen Kindern? Das ist wahnsinnig schwierig. Man will sie auf der einen Seite mitnehmen, man möchte sie beschäftigen, man hat aber nicht die Zeit, sie zu beschäftigen. Also braucht es halt eigene Klassen. Das ist der Punkt. Das ist notwendig, und das tragen wir mit, nur muss die Sprachstandserhebung standardisiert sein, damit man das auch entsprechend machen kann.

Stichwort „Frühchen“, ist ja auch ein Punkt. Wir verstehen überhaupt nicht, dass Sie trotz mehrmaligen Versuchs der Freiheitlichen Partei nicht bereit sind, unserer Initiative zuzustimmen, dass die Eltern eine Wahlfreiheit haben, dass „Frühchen“, die eben zu früh geboren werden, auch später eingeschult werden können. Sie wissen, jedes Kind, das vor dem 1. September seinen 6. Geburtstag hat, muss mit dem 1. September dieses Jahres eingeschult werden. Jetzt sind „Frühchen“ natürlich in ihrer Entwicklung gehemmt, und auch da kann ich aus meiner persönlichen Erfahrung sprechen.

Unser drittes Kind war ein „Frühchen“ – ich kann da wirklich als betroffener Vater sprechen –, hat sich unglaublich gut entwickelt, aber natürlich hat ein „Frühchen“ Schwächen, motorische Schwächen, Sprachschwächen et cetera. Und da muss man es den betroffenen Eltern ermöglichen, selbst zu entscheiden, wann sie ihr Kind einschulen wollen, eben mit einer Regelung, dass der Eintritt in die Schule auch gemäß des errechneten Geburtstermins möglich ist und nicht nur aufgrund des tatsächlichen Geburtstermins.

Also: Eine durchaus sinnvolle Initiative, die Sie abgelehnt haben, die Sie nicht unterstützen, was wir überhaupt nicht verstehen.

Stichwort Abschaffung der Noten – ein langes Thema, auch ein hochpolitisches Thema. Zumindest war es im Zuge der Schulversuche so, dass die Eltern die Möglichkeit hatten, eine ziffernmäßige Beurteilung einzufordern. Diese Möglichkeit besteht nun nicht mehr. Das ist bedauerlich. Jetzt gibt es also in den ersten drei Volksschulklassen nur mehr eine verbale Beurteilung. In diese verbale Beurteilung sollen jetzt auch die Eltern eingebunden werden, wo es darum geht, dass man im Zuge von Gesprächen mit den Eltern zu einer Beurteilung kommt.

Da fragen wir uns schon: Haben die Lehrer auch die Zeit dafür? Gibt es dafür zusätzliche Stunden, wenn man da intensive Gespräche führt? Na wenn, dann muss ich es ernst nehmen, da kann ich nicht so larifari beurteilen. Wenn ich diese verbale Beurteilung ernst nehme und den Anspruch, den der Gesetzgeber hat, dass diese Note sich auch aufgrund von Gesprächen mit den Eltern herauskristallisieren soll, dann brauche ich auch die notwendige Zeit dafür.

Und wir sagen: Es muss auch die Möglichkeit bestehen, so wie im Schulversuch, dass die Eltern sagen können, wir möchten eine Notenbeurteilung zusätzlich haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also Sie sehen, wir haben da viele Punkte, die aus unserer Sicht noch genauer zu definieren sind. Aber das Hauptziel – und darüber wird mir viel zu wenig diskutiert – ist, dass allen Kindern die Kulturfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen beigebracht werden, und deshalb müssen wir uns eingehend mit der Frage beschäftigen, wie wir das schaffen können.

Abschließend noch generell zur Schule, und ich habe das im Hohen Haus schon mehrmals eingefordert: Sie wissen, dass die Überforderung vieler Schüler leider Gottes überhandnimmt, viele Schüler unter massivem Stress leiden. Und da hilft nur eines: Lehrpläne **entrümpeln**, nicht immer noch mehr die Lehrpläne überfrachten! *(Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Lugar.)*

Wir müssen endlich einmal hergehen und die Lehrpläne entrümpeln, damit wir mehr Zeit zum Üben in der Schule bekommen. Es kann nicht so sein, dass die Eltern die Lehrer und die Schule ersetzen müssen, dass am Nachmittag zu Hause geübt werden muss, weil in der Schule zu wenig Zeit zum Üben bleibt. Damit werden die Schüler überfordert, und damit werden die Eltern überfordert. Und was ist die Konsequenz? – Die steigende Zahl an Nachhilfestunden, die viele Eltern bedauerlicherweise überfordert, weil auch diese Kosten explodieren.

Also: An diesem System ist wirklich noch zu arbeiten. Und **bitte**, kommen Sie unserer ursprünglichen Forderung nach, nämlich dass man sich den Kopf darüber zerbricht, was man unternehmen kann, damit unsere Kinder endlich wieder lesen, schreiben, rechnen können! Das muss im Zentrum jeder schulpolitischen Ansage stehen. – Ich danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.57

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächste: Frau Abgeordnete Mag. Grossmann. – Bitte.